Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 85 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — **Geschäftsstelle Rhede:** Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 94 | **Freitag, den 5. April 1935** | **Jahrgang 1935**

Tagesrundschau.

Die Volkstagswahl in Danzig. Am Sonntag wird der Danziger Volkstag, das Parlament der Freien Stadt, neu gewählt. Der Wahlkampf erreicht daher jetzt, während er sich dem Ende nähert, zugleich seinen Höhepunkt. Aeußerlich tritt das darin in Erscheinung, daß gestern abend Ministerpräsident Göring, nach einem begeisterten Empfang durch die Bevölkerung, in einer großen Kundgebung der Danziger NSDAP sprach und daß am Samstag abend Reichsminister Dr. Goebbels neben dem Gauleiter Forster einen letzten Appell an die Wähler richten wird. Auch die Gauleiter Kaufmann-Hamburg, Bürckel-Pfalz und Schwede-Pommern, der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Dr. Todt, der Reichsjugendführer Baldur von Schirach und der Reichssportführer von Tschammer und Osten waren oder sind noch in den letzten Tagen an der Mobilmachung der Stimmberechtigten beteiligt. In Danzig herrscht bekanntlich noch das Parteienwesen. Zwar sind es nicht zwanzig oder dreißig Gruppen wie einst in Deutschland, die Wahlvorschläge eingereicht haben, aber immerhin stehen der NSDAP, die in dem letzten, vor wenigen Wochen auf nationalsozialistischen Antrag aufgelösten Volkstag die Mehrheit hatte, noch sechs Parteien gegenüber, die auf die Durchbringung eigener Kandidaten hoffen. Das Ziel der NSDAP ist begreiflicherweise weiter gesteckt. Es kommt ihr auch nicht bloß darauf an, die alte Mehrheit wiederzugewinnen oder einige Mandate dazu zu erhalten, sondern ihr Streben geht dahin, durch die Neuwahlen, die gemäß der vom Völkerbundsrat garantierten Verfassung auf rein demokratischer Grundlage erfolgen, die Zweidrittelmehrheit im Volkstag zu erringen, diese Mehrheit, die zur Ueberwindung der Widerstände ausreicht, auf die die nationalsozialistische Regierung noch bei der Durchführung ihres Aufbauwerks nach eigenen Grundsätzen in den beiden letzten Jahren gestoßen ist, und die zugleich vor der Welt den Beweis deutscher Einigkeit im deutschen Danzig erbringen soll. Die NSDAP kämpft also um diese Mehrheit nicht, um die völkerrechtliche Stellung der Freien Stadt verändern zu können, sondern aus andern politischen Gründen. Dazu gehört natürlich, daß Danzig fortan ohne Störung gegnerischer Parteien nationalsozialistisch regiert werden soll wie das Reich. Die sechs Parteien, die der NSDAP im Wahlkampf gegenüber stehen, sind zum Teil die alten: das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Polen, zum Teil sind es solche mit neuen Namen: die nationale Front und die Deutschen Frontkämpfer des Weltkrieges. Die Listenführer der Nationalen Front hoffen auf die Stimmen der ehemaligen Deutschnationalen. Aber dieser Gruppe ist dieser Tage ein unangenehmer Schlag dadurch versetzt worden, daß die maßgebenden Führer des früheren Landesverbandes Danzig der Deutschnationalen Volkspartei eine Erklärung veröffentlichten, in der betont wurde, daß die Deutschnationale Volkspartei nach Durchbruch der nationalen Erhebung vom 30. Januar 1933 im Deutschen Reich auch in Danzig durch einen politischen Akt aufgelöst worden sei und daß seitdem niemand das Recht habe, sich im Wahlkampf auf die Deutschnationale Volkspartei zu berufen, für deren Anhänger der politische Weg zur Mitarbeit im neuen Staat und damit auch in der NSDAP freigegeben worden sei. Der Spitzenkandidat der Deutschen Frontkämpfer des Weltkrieges ist ein Kapitän Pietzsch. Der Name besagt schon, wo diese Gruppe ihre Stimmen zu bekommen hofft. Bestenfalls erhält sie sie jedoch von solchen Wählern, die nicht den Weg zur NSDAP gefunden, aber das Vertrauen zu den alten Parteien, also insbesondere zu dem umstrittenen Fortsatz der Deutschnationalen Volkspartei und zum Zentrum, verloren haben. Dieses rechnet auf die katholischen Kreise. Aber bekanntlich haben sie ihm schon früher nur zu einem Teil ihre Stimme gegeben, und jetzt wird es schwerlich anders sein. Ueberdies sind die Katholiken im Freistaat nur eine Minderheit, zumal von ihr als mögliches Reservoir des Zentrums die Polen abzurechnen sind. Neu ist bei dieser Wahl, daß nicht wie im Mai 1933 nur diejenigen Danziger Staatsangehörigen wahlberechtigt sind, die ihren zuständigen Wohnsitz in Danzig haben, sondern daß, wie es die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt nach der Machtübernahme gesetzlich festgelegt hat, jeder Danziger, der seine Staatsangehörigkeit noch besitzt, in Danzig wahlberechtigt ist, das heißt also, nicht etwa der Deutsche, der nur in Danzig geboren ist, sondern der, der seine Staatsangehörigkeit nicht aufgegeben hat bezw. am 10. Januar 1920 nicht für Deutschland optiert hat. Kurz gesagt, jeder, der heute noch im Besitz eines gültigen Danziger Passes ist, darf wählen und erhält, wenn er die dafür erforderlichen Formalitäten richtig erledigt hat, freie Eisenbahnfahrt nach Danzig und zurück. Die Zahl der Wahlberechtigten wird also stärker sein als früher. Daß die Wahlen als Ergebnis einen großen nationalsozialistischen Erfolg haben werden, daran wird wohl niemand zweifeln. Ministerpräsident Göring sagte gestern abend in seiner Rede in der überfüllten Danziger Sporthalle, es gelte bei dieser Wahl, der Welt gegenüber festzustellen, wie Danzig denke, und Danzig werde zeigen, daß es nationalsozialistisch denke. „Heute," sagte er weiter, „lassen sich die Begriffe Nationalsozialismus, Adolf Hitler, Hakenkreuz und Deutschland überhaupt nicht mehr trennen." Nur ein widerrechtlicher Zwang habe die äußere Trennung Danzigs vom Reich herbeiführen können. Das Deutsche Reich erkenne heute an, was ist. Es brauche und werde Danzig niemals mit Gewalt besetzen, denn ein Naturgesetz siege von selbst. Die übrige Welt werde selbst einmal die natürliche Gesetzmäßigkeit anerkennen, gegen die es keine Auflehnung gebe. Niemals werde Danzig eigentliche Forderungen an Deutschland stellen, sondern es wisse ebenso wie Deutschland, was es bedeute, den Frieden zu erhalten, und was es heiße, den Frieden zu stören. Die Danziger Volkstagswahlen sollen der Welt lediglich beweisen, daß Blut zu Blut gehöre und daß das Blut der Danziger deutsch geblieben sei, wie es immer war. Aus natürlichen und völkischen Gründen müsse die gleiche Lage hergestellt werden wie im deutschen Mutterlande. Auch Danzig müsse heraus aus der Zersplitterung der Parteien zur inneren Kraft und Geschlossenheit. Mit diesen Worten ist die Bedeutung der Volkstagswahl vom nationalsozialistischen Standpunkt aus klar gekennzeichnet.

★

Die spanische Krise besteht weiter. Die Regierungskrise in Spanien besteht weiter, wenn sie auch jetzt formell dadurch beendet worden ist, daß der bisherige Ministerpräsident Lerroux auf der Grundlage seiner Partei, der Radikalen, ein neues Kabinett gebildet hat. Dieses Kabinett wird bestimmt nur eine kurze Lebensdauer haben. Der Wiederzusammentritt des Parlaments Anfang Mai wird allerspätestens ihm den Atem ausblasen. Die Krise, an sich schon länger latent, ging von der Begnadigung des zum Tode verurteilten Marxistenführers Penja aus, die die Kabinettsmehrheit gegen die Stimmen der Rechten beschlossen hatte. Hinter dem Begnadigungsbeschluß stand, daß der Staatspräsident Zamora, der bekanntlich von der Linken kommt, von seinem Amte zurückgetreten sein würde, wenn die Regierung Lerroux die Hinrichtung Penjas beschlossen hätte. Die Oktober-Revolution in Spanien, die ihren Hauptherd bekanntlich in Oviedo, der alten Hauptstadt Asturiens, hatte, hat 2000 Zivilpersonen und 1300 Polizisten und Soldaten das Leben gekostet und einen Schaden von weit über einer Milliarde Pesetas hervorgerufen. Es war daher kein Wunder, daß der Staatsgerichtshof den marxistischen Deputierten Penja als Rädelsführer dieser blutigen Aufstandsbewegung zum Tode verurteilte. (Weniger bekannt ist, daß der gleiche Gerichtshof Penja auch zum Schadenersatz in Höhe von 440 Millionen Pesetas verurteilt hat. Die Begnadigung von der Todesstrafe zu 25 Jahren Zwangsarbeit ist erfolgt, die 440 Millionen Pesetas Schadenersatz bleiben jedoch bestehen). Für Penja war, wie „ABC" schildert, ein großer Begnadigungsfeldzug in Szene gesetzt worden. Sogar aus dem Geburtsorte des Ministerpräsidenten Lerroux, der rund 1000 Kilometer von Madrid entfernt ist, setzten sich Bittsteller zu Fuß in Marsch. Der Staatspräsident wurde bestürmt mit Hunderttausenden von Bittschriften. Er wurde daran erinnert, daß ja auch unter einer sozialistischen Regierung der General Sanjurjo, der wegen eines fehlgeschlagenen Erhebungsversuches zum Tode verurteilt worden war, begnadigt worden sei. Die rechtsstehenden Parteien erklärten demgegenüber mit Recht, was Sanjurjo getan, sei eine unblutige Theatergeste gewesen, die keinen Schaden an Leib und Leben anrichtete, sodaß ein Vergleich nicht möglich sei. Es prallten bei der Bewertung des Todesurteils und der Begnadigung Penjas zwei Mentalitäten zusammen: die marxistische, der es auf Blutvergießen unter ihren Gegnern nicht ankommt, die aber in Humanität sich nicht genug tun kann, wenn es sich um die Köpfe ihrer eigenen Anhänger handelt, und die autoritäre, die endlich Ordnung schaffen will, indem sie die Todesstrafe

Edens Besprechung mit Benesch.

„Kein Volk kann auf den Ruinen eines anderen gedeihen."

DNB **Prag**, 4. April.

Die Beratungen des heute morgen um 8 Uhr hier eingetroffenen Lordsiegelbewahrers Eden mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Benesch, die kurz nach 10 Uhr im Arbeitszimmer des Ministers im Cernin-Palais begannen, endeten kurz nach 12 Uhr. Englischerseits nahmen daran teil Lordsiegelbewahrer Eden und der englische Gesandte Addison, tschechoslowakischerseits Dr. Benesch und Gesandter Jan Masaryk. Ueber die Unterredung wurde der folgende amtliche Bericht ausgegeben:

„Lordsiegelbewahrer Eden ist Donnerstag früh in Prag eingetroffen. Bei der Zusammenkunft, die im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Prag stattfand, tauschte Minister Anthony Eden mit dem Minister Dr. Benesch in herzlicher und freundschaftlicher Weise die Ansichten über alle im Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935 enthaltenen Fragen aus. Minister Dr. Benesch dankte dem Minister Eden herzlich für seinen Besuch in Prag und für die Mitteilung, die Seine Exzellenz ihm über die Ergebnisse seiner Reise in die übrigen Hauptstädte gab. Seinerseits gab ihm Minister Dr. Benesch eine ausführliche Darstellung der Friedenspolitik der Tschechoslowakei. Beide Minister stellten eine vollständige Uebereinstimmung in den Zielen der Politik ihrer Länder hinsichtlich der Erhaltung des allgemeinen Friedens und ihre aufrichtige und unabänderliche Ergebenheit der Politik des Völkerbundes gegenüber fest."

Nach der Konferenz lud Benesch seinen Gast zu einem Mittagessen in kleinem Kreise ein. Während des Essens hielten die beiden Staatsmänner Trinksprüche.

Dr. Benesch erklärte darin dann u. a.: Die Tschechoslowakei sei durch ihre geographische Lage, durch ihre Geschichte, durch ihre gegenwärtige Politik und ihre Bestrebungen für die Zukunft dafür bestimmt, in Mitteleuropa eine wahrhafte Friedensaufgabe zu erfüllen. Die Außenpolitik der Tschechoslowakei stehe denen zur Verfügung, die für die Zusammenarbeit der Völker, für das europäische politische Friedensziel und für die Befriedigungstätigkeit des Völkerbundes arbeiten. In allen diesen Punkten habe die Tschechoslowakei die gleichen Ziele wie Großbritannien.

Lordsiegelbewahrer Eden erinnerte in seinem Trinkspruch zunächst an seine häufige Zusammenarbeit mit Benesch in Genf und erklärte dann u. a., seine Besuche hätten kein anderes Ziel gehabt, als den Frieden zu wahren. Die Zeit sei vorbei, da die Völker glauben konnten, daß ihre Entwicklung und ihr Wohl durch einen Krieg gesteigert werden könnten.

In der gegenwärtigen Welt könne kein Volk auf den Ruinen eines anderen Volkes gedeihen. Das sei die Hauptlehre, die der Weltkrieg erteilt habe.

Das sei der Grundsatz, auf dem der Völkerbundspakt beruhe, und das sei die Grundlage, von der seiner festen Ueberzeugung nach England und die Tschechoslowakei durchdrungen seien. Die enge Fühlungnahme zur Sicherung des gemeinsamen Zieles sei daher für beide Staaten sicherlich äußerst wertvoll.

Um 13,25 Uhr flog Eden in Begleitung seines Privatsekretärs und zweier Journalisten nach London ab.

Eden übernachtet in Köln.

DNB **Köln**, 4. April.

Lordsiegelbewahrer Eden ist nach Zwischenlandung auf dem Flughafen Halle-Leipzig kurz nach 17 Uhr auf dem Kölner Flughafen mit dem planmäßigen Verkehrsflugzeug eingetroffen. Er wurde begrüßt von dem englischen Generalkonsul, einem Vertreter des Kölner Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten von Köln.

Eden wird infolge des ungünstigen Flugwetters seine Weiterreise nach London erst Freitag früh fortsetzen.

Die Möglichkeit eines Kompromisses.

Eine Meldung der „Gazeta Polska" aus Berlin.

Δ **Warschau**, 4. April.

Die polnische Presse gibt Donnerstag früh in großer Ausführlichkeit an Hand von Pressestimmen den Eindruck wieder, den der Warschauer Besuch Edens in Berlin, Paris und London gemacht hat. Ein Berliner Telgramm der halbamtlichen „Gazeta Polska" versichert, daß die deutsche Regierung die Möglichkeit eines Kompromisses in folgendem Rahmen sieht:

1. ein europäisches Abkommen über die Rüstungsbeschränkung, die die deutsche Gleichberechtigung nicht in Frage stellt,
2. ein osteuropäischer Sicherheitspakt, der die Verpflichtungen zum Nichtangriff, zur Nichteinmischung, zur Nichthilfeleistung für den Angreifer und zur Konsultation enthält,
3. ein Donaupakt der Nichteinmischung, mit genauer Bestimmung des Begriffes Nichteinmischung,
4. ein westeuropäischer Luftpakt.

Deutschland, so heißt es in dem Telegramm weiter, sei bereit, alle diese Dokumente zu unterzeichnen und in den Völkerbund zurückzukehren, wenn der Völkerbundspakt von den Friedensverträgen abgetrennt werde und alle Spuren einer Deutschland benachteiligenden Stellung verschwinden. Darunter sei das Recht Deutschlands auf Kolonialmandate zu verstehen und die Aufhebung der Internationalisierung der Oder und des deutschen Teiles der Donau.

Ein eigener Friedensplan Mussolinis.

DNB **Mailand**, 4. April.

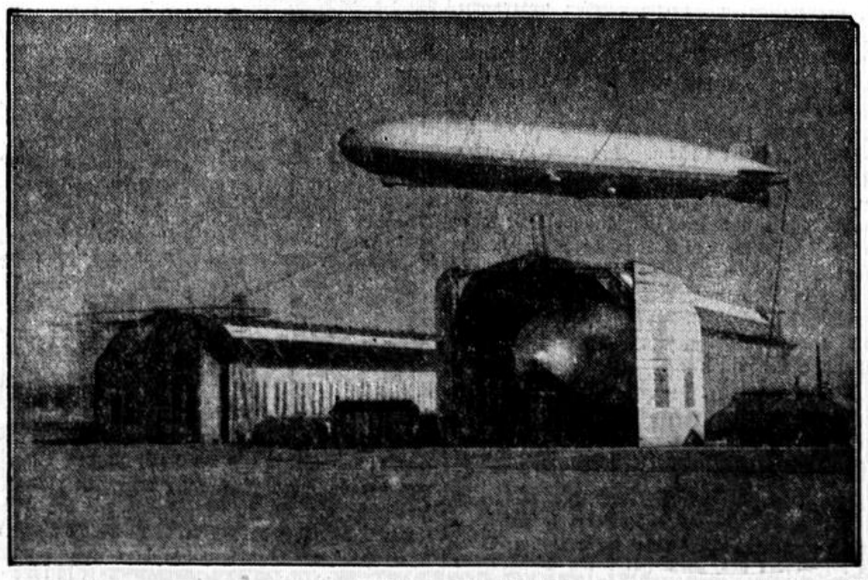
„Stampa" behauptet, daß der Ausgang in Warschau nicht negativ gewesen sei und daß die Haltung Polens in London und in Europa keine Besorgnis hervorzurufen brauche. Die Haltung Polens sei von der Deutschlands verschieden. Das Blatt geht auf diesen Gedanken noch näher ein und versucht, Deutschlands Absichten zu verdächtigen. Die Entscheidung über die Art der Friedensgarantie im Osten und Westen werde erst in Stresa fallen, weil dort Mussolini einen eigenen europäischen Friedensgarantieplan unterbreiten werde.

★

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet aus Warschau, es sei in sehr gut unterrichteten Kreisen eine Nachricht eingetroffen, daß Mussolini in Stresa vielleicht einen eigenen europäischen Friedensplan vorlegen werde. Sein Ziel sei, in Europa ein allgemeineres Gefühl des Vertrauens zu schaffen, bevor ein Versuch mit dem Abschluß von Ostpakten gemacht werde. Anscheinend werde er einige neue Erklärungen vorschlagen, die nachdrücklicher seien als die allgemeine Erklärung gegen Gewaltanwendung. Wahrscheinlich werde er eine Wiederaufnahme von politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen nach dem Vorbild der zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn im März vorigen Jahres unterzeichneten Vereinbarung vorschlagen. In dieser Vereinbarung sei bekanntlich eine Beratung in allen politischen Fragen von allgemeinem Interesse vorgesehen. Die Ueberzeugung, daß Italien einen solchen Plan habe, um Englands künftige Haltung festzustellen, sei teilweise verantwortlich für Polens augenblickliche Abneigung gegen Aenderung seiner Außenpolitik.

Der Korrespondent hat den Eindruck, daß die Haltung Polens in der Frage eines östlichen Sicherheitspaktes nicht völlig negativ gewesen sei. Er fügt hinzu, Stresa werde darüber entscheiden, ob es Zweck habe, die Bemühungen um die Sicherheit durch regionale Pakte fortzusetzen, oder ob eine ganz neue Politik beginnen solle.

Der alte und der neue Zeppelin.



Scherl

Ein besonders schönes Bild des „Graf Zeppelin", das ihn bei seiner ersten diesjährigen Ausfahrt über der Halle in Friedrichshafen am Bodensee zeigt, in der die Fertigstellung des neuen, bedeutend größeren Zeppelins „LZ 129" durchgeführt wird. Der „Graf Zeppelin" tritt am Ende dieser Woche seine 91. Ozeanfahrt nach Südamerika an.

für Rädelsführer eines blutigen politischen Aufstandes fordert. Von der Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Anschauungen wird die nächste Zukunft Spaniens beherrscht werden. Der Führer der autoritären Richtung ist Gil Robles, der an der Spitze der katholischen Volksaktion steht. Zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten Lerroux hat sich der über die Begnadigung Penjas entstandene Gegensatz über die an sich schon vorhandenen weltanschaulichen Differenzen hinaus noch im Verlauf der Kabinettskrise verstärkt. Gil Robles erklärte Lerroux, die vom Staatspräsidenten geforderte „Verbreiterung der parlamentarischen Grundlage der neuen Regierung" müsse ihre Grenzen haben. Es könnten jene Parteien nicht einbezogen werden, die bei der Oktoberkrise gegen die Bildung des Kabinetts Lerroux protestiert und sich daher unvereinbar mit der Koalition gezeigt hätten, die seitdem regiert habe. Diese Parteien seien auch bei der marxistischen Revolution „stille Teilhaber" gewesen und suchten die Folgen für ihre kompromittierten Mitglieder nach Kräften abzuschwächen. Sind sie nun auch tatsächlich nicht am neuen Kabinett Lerroux beteiligt, so haben die Gegner des Marxismus doch erkannt, worauf die bürgerliche Linke hinauswill. Die innenpolitischen Gegensätze drängen zu einer Entscheidung, die aber nicht mehr bei einer Kabinettsbildung ohne vorherige Neuwahlen fallen kann. Die Rechte ist bekanntlich aus den letzten Wahlen nicht stark genug hervorgegangen, um allein die Verantwortung tragen zu können. Inzwischen haben sich jedoch die Verhältnisse im Lande ohne Frage zugunsten der Rechten, insbesondere der Volksaktion, verschoben, da der Marxistenaufstand Millionen Spaniern die Augen geöffnet hat. Es ist unter den gegebenen Umständen damit zu rechnen, daß am Ende der dreißigtägigen Schonzeit des jetzigen Minderheitskabinetts die Auflösung des Parlamentes und Neuwahlen stehen werden, aus denen offenbar Gil Robles eine klare parlamentarische Situation erwartet. Er hat bereits an die Organisationen seiner Partei im Lande die Weisung ergehen lassen, sofort alle Vorbereitungen für einen Wahlkampf zu treffen.

Die positive Seite der Erklärungen Hitlers.

Ein programmatischer Artikel der „Times".

Die Rolle Großbritanniens.

DNB **London**, 4. April.

In einem Leitartikel über die „Rolle Großbritanniens" sagt „Times", Marschall Pilsudski scheine es sehr deutlich gesagt zu haben, daß Polen nicht bereit sei, einem Pakt gegenseitigen Beistandes in Osteuropa beizutreten. Trotzdem sei Polen nicht sofort als Gegner des Kollektivsystems festgenagelt worden. Dagegen sei Deutschland in maßgebenden Kreisen, vielleicht etwas übereilt, als Gegner des ganzen Kollektivsystems verurteilt worden, weil es ebenfalls dem vorgeschlagenen östlichen Sicherheitspakt widerspreche.

Hitler sei zu zweiseitigen Pakten mit jedem Nachbarn, ausgenommen Litauen, und ferner zu der Vereinigung der getrennten Pakte zu einer allgemeinen Konvention bereit, in der sich die Unterzeichneten verpflichten würden, dem Angreifer keinen finanziellen, wirtschaftlichen oder militärischen Beistand zu gewähren.

„Times" erklärt, „dieses System würde die Isolierung des Angreifers herstellen. Es sei in vollem Einklang mit der Völkerbundssatzung und schließe Bündnisse aus. „Es mag nicht das ganze Kollektivsystem sein, aber es steht nicht in Widerspruch dazu und könnte eine Grundlage darstellen, auf der England sein noch immer geltendes Endziel der Organisierung des Friedens anstreben könnte, ohne dabei zu vergessen, daß als Endziel und Ideal immer noch gelten muß, alle Regierungen innerhalb des Völkerbundes vereinigt zu sehen."

Mit starker Betonung stellt das Blatt dann fest, daß die öffentliche Meinung Englands gegenwärtig vielleicht geschlossener hinter dem Staatssekretär des Aeußeren stehe, als je seit der Uebernahme seines Amtes. Sie stehe hinter ihm, weil die britische Außenpolitik neuerdings wieder selbständiger und weitreichender geworden sei. Mit dem, was man in Ermangelung eines besseren Ausdrucks die Versailler Gewohnheit nennen könnte, sei es zu Ende. Diese Gewohnheit habe die britischen Staatsmänner in einem ausgefahrenen Gleise gehalten. Ihre persönlichen Fühlungnahmen hätten sich infolgedessen auf Besuche in Paris und Genf und gelegentlich in Rom beschränkt. Zum ersten Mal seien während der letzten acht oder 14 Tage Mitglieder der Regierung in Berlin, Moskau und Warschau gewesen. Infolgedessen werde das englische Kabinett bald unmittelbar Kenntnis von den Ansichten, Befürchtungen und Hoffnungen der betreffenden Regierungen haben. Diese segensreiche Aenderung der Methoden habe natürlich keine Aenderung des Zieles der britischen Politik zu bedeuten. England trete nach wie vor für Frieden, kollektive Sicherheit und Rüstungsbegrenzung ein.

Die Besuche hätten es sehr deutlich gemacht, daß es unmöglich sei, ein durchaus gleichartiges System für ganz Europa herzustellen. Zugleich hätten sie den wesentlichen Unterschied zwischen einem wahrhaft kollektiven System und einem System bewaffneter Bündnisse herausgestellt.

Gerade jetzt bestehe die Gefahr, daß etwas geschaffen werde, was aussehe, wie kollektive Sicherheit, was aber unvermeidlich zu einem System feindlicher Blocks und einem unsicheren „Gleichgewicht der Mächte" entarten würde. England stehe selbstverständlich bei den Ländern, die bereit seien, sofort und rückhaltlos seine Ideen zu teilen.

Keine britische Regierung aber könne ehrenhafterweise die Hoffnung aufgeben, die anderen, die aus örtlichen und psychologischen Gründen nicht sofort mit dem ganzen System in seiner jetzigen Gestalt einverstanden seien, zur Teilnahme zu veranlassen.

Großbritanniens Rolle sei wieder einmal vermittelnder und vor allem erzieherischer Art. Für solches „pädagogische Eingreifen" bestehe gegenwärtig aber keine Notwendigkeit.

Bisher sei, wie jetzt klargeworden sei, viel zu großer Nachdruck auf die negative Seite der Erklärungen Hitlers gegenüber Sir John Simon gelegt worden. Viel zu wenig habe man sich bemüht, ihre positive Seite zu würdigen. Jetzt sei allgemein bekannt, daß der Reichskanzler vor einiger Zeit für das seiner Ansicht nach notwendige Verhältnis der Wehrkraft Deutschlands zu der seiner Nachbarn den zahlenmäßigen Ausdruck gefunden habe. In den Berliner Besprechungen scheine es aber auch klargeworden zu sein, daß er außerdem bereit sei, nach Bekanntgabe dieser Ziffern eine allgemeine proportionale Verminderung des Rüstungsniveaus zu erörtern. Auf jeden Fall sei sicher, daß er noch immer bereit sei, auch auf die Beschaffung aller Waffen zu verzichten, die andere Länder auch abzuschaffen bereit seien. Die Möglichkeit sei gegeben, auf die Konstruktion beispielsweise der Tanks größten Typs oder von Riesenkanonen mit einer Reichweite von mehr als 30 Kilometer zu verzichten. Schon dies würde in sich selbst ein wertvoller Gewinn sein. Deutschland sei überdies mit einer internationalen Beaufsichtigung der nationalen Rüstungen einverstanden. Hier sei wiederum eine Lösung in greifbare Nähe gerückt, die sicher einen ungeheuren psychologischen Wert haben würde, ohne Rücksicht auf die etwaigen Schwierigkeiten der Verwirklichung. Hitler sei bereit, einen Luftpakt für Westeuropa abzuschließen. Der Abschluß eines Luftpaktes für Osteuropa möge vielleicht ein Vorschlag sein, der der Erwähnung wert sei. Der Reichskanzler habe die Flottenforderungen seines Landes, die nicht übertrieben seien, klargelegt. Glücklicherweise bestehe auch Anlaß zu der Annahme, daß die britische Regierung den Vorteil einer Teilnahme Deutschlands an etwaigen künftigen Flottenverhandlungen erkenne.

Hier handele es sich um lauter wesentliche Punkte; aber es handle sich um noch mehr, nämlich um positive Vorschläge. Die eindeutige Pflicht Englands und jedes Landes, das ehrlich für den Frieden arbeite, sei es, jede Gelegenheit restlos auszunützen, wo über einen Punkt Einigung zu erzielen sei.

Viel hätte schon früher zustande gebracht werden können, wenn man auf den Ehrgeiz verzichtet hätte, nach einem Universalheilmittel zu suchen. Wenn die britische Diplomatie jede einzelne Möglichkeit für eine Vereinbarung auswerte und erweitern könne, dann werde sie Europa einen unschätzbaren Dienst erweisen.

Verschiebung der englischen Kabinettssitzung.

£ **London**, 4. April.

Nachdem Lordsiegelbewahrer Eden nicht, wie erwartet, am Donnerstag abend in London eintreffen konnte, ist die ursprünglich für Freitag angesetzte Vollsitzung des Kabinetts auf den kommenden Montag verschoben worden. Am Freitag wird ein Kabinettsausschuß den Bericht Simons über seine Berliner Reise prüfen. Sollte Eden am Freitag wieder in London sein, dann wird auch sein Bericht über die Besuche in Moskau, Warschau und Prag von dem Ausschuß erörtert werden.

Die Berichte der französischen Presse, daß der Quai d'Orsay im Besitz einer geheimen Denkschrift des britischen Außenministers sei, in der seine Besprechungen mit dem Führer zusammengefaßt sind, werden heute in London in Abrede gestellt. Es wird erklärt, daß die französischen Minister zwar eine sehr eingehende Mitteilung darüber, was sich in Berlin ereignete, erhalten haben, daß ihnen aber kein Schriftstück, in dem die Berliner Besprechungen zusammengefaßt wurden, ausgehändigt worden ist.

Wirtschaftsbelebung und Reichssteueraufkommen.

Erholung um 32. v. H. gegenüber 1932/33.

✓ **Berlin**, 4. April.

Das Gesamtaufkommen an Reichssteuern und Zöllen, das in den Jahren 1930 bis 1932 trotz verschiedener Steuer-Erhöhungen unaufhaltsam zurückgegangen war, bewegt sich, wie das Institut für Konjunkturforschung feststellt, seit Anfang 1933 von Monat zu Monat in aufsteigender Linie.

Der Steuerertrag des ganzen Rechnungsjahres 1934/35 wird mit voraussichtlich 8,1 Milliarden Mark nicht nur das Ergebnis der beiden Vorjahre, sondern sogar schon das des Jahres 1931/32 (7,8 Milliarden Mark) übertreffen.

Die Erholung des gesamten Reichssteueraufkommens hat sich bis in die jüngste Zeit fortgesetzt. Setzt man den Steuerertrag im letzten Krisenjahr 1932/33 gleich 100, so hat sich das Gesamtaufkommen in den bisherigen 11 Monaten des Rechnungsjahres 1934/35 um 23 v. H., in den letzten beiden Monaten allein aber schon um 32 v. H. gebessert.

Die Gegenüberstellung der Voranschläge und der tatsächlichen Reichssteuererträge in den Rechnungsjahren 1930/31 bis 1934/35 läßt ebenfalls sehr eindringlich die Wirtschaftsbelebung erkennen, die sich — als Folge der aktiven Konjunktur- und Steuerpolitik der Reichsregierung — durchgesetzt hat. Während in den Jahren 1930 bis 1932 das tatsächliche Aufkommen hinter dem an sich schon von Jahr zu Jahr herabgesetzten Sollbetrag immer wieder weit zurückblieb (um 817 bis 1366 Mill. RM), ist 1933/34 der Voranschlag erstmalig etwas überschritten worden;

im laufenden Rechnungsjahr werden voraussichtlich sogar über 1 Milliarde RM mehr an Steuern in die Reichskasse fließen, als in dem gegen das Vorjahr erhöhten Voranschlag vorgesehen war.

Die Besserungssätze bei den einzelnen Steuern seit 1932/33 zeigen zunächst eine anscheinend ganz verschiedenartige und unübersehbare Entwicklung jeder Steuer. Bei einer Gruppierung der einzelnen Steuern nach konjunkturellen Gesichtspunkten ergeben sich jedoch durchaus charakteristische Unterschiede im Verhalten dieser Steuergruppen während des Konjunkturverlaufes.

Die Steuergruppen, denen die einzelnen Steuern mehr oder weniger eindeutig zugeordnet werden können, werden nach dem Merkmal gebildet, ob eine Steuer von der Produktion, vom Einkommen, vom Verbrauch oder vom Vermögensbesitz erhoben wird.

Nach dieser Einteilung sind die wichtigsten und in dieser Hinsicht besonders typischen Reichssteuern in den vier Gruppen Produktionssteuern, Einkommensteuern, Verbrauchssteuern, Vermögensbesitzsteuern zusammengefaßt. Während nun die konjunkturelle Erholung der Gruppe „Produktionssteuern" vom Krisentiefstand bis zum letzten Stand zwischen 100 und 170 v. H. liegt, schwankt sie bei der Gruppe „Einkommensteuern" zwischen 15 und 50 v. H. und bei den Verbrauchssteuern sogar erst zwischen 5 und 10 v. H. Die Vermögenssteuer schließlich, die ihren konjunkturellen Tiefstand allerdings erst im April 1934 erreicht hatte, zeigte bisher nur eine geringe Besserung.

Ganz allgemein kann man also daraus folgern, daß die Erträge der einzelnen Steuern um so früher und stärker auf einen neuen Konjunkturabschnitt reagieren, je näher ihre Steuerobjekte mit der Produktion verbunden sind.

Besonders stark hat der Anteil der Umsatzsteuer zugenommen, die 1929/30 noch mit 11 v. H. an vierter Stelle der großen Reichssteuern gestanden hatte, heute aber mit 23,4 v. H. alle anderen Steuern an Bedeutung weit überragt.

Das Zurückbleiben des Anteiles der Vermögenssteuer dürfte dagegen mit der sehr langen Reaktionsdauer dieser Steuer zusammenhängen.

Göring in Danzig.

Mit ungeheurer Begeisterung empfangen.

DNB **Danzig**, 4. April.

Nach einer beispiellosen Jubelfahrt durch Danziger Land ist Ministerpräsident General Göring am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr in Danzig eingetroffen, um am Abend auf einer Massenkundgebung der Danziger NSDAP zu den Danziger Wahlen zu sprechen.

Nach einem begeisterten Empfang auf dem Langen Markt fand in dem historischen Artus-Hof die feierliche Begrüßung des Ministerpräsidenten durch den Senatspräsidenten Greiser statt. Die Ansprache schloß mit der Bitte, Göring möge dem Führer berichten, daß die deutsche Bevölkerung Danzigs immer dem Deutschtum treu bleiben werde. Senatspräsident Greiser überreichte dann dem Ministerpräsidenten als Geschenk des Danziger Senats zwei alte Erzeugnisse des Danziger Lachs.

Ministerpräsident Göring dankte dem Senatspräsidenten für seine herzlichen Worte und für das Geschenk des Senats. Daß Danzig deutsch sei, fuhr der Ministerpräsident fort, habe er immer gewußt, wie deutsch und nationalsozialistisch Danzig sei, das habe ihm diese Fahrt durch das Danziger Land gezeigt. Die innere Gemeinschaft des deutschen Volkstums umfasse auch Danziger Schicksal. Darum sei es natürlich, daß auch die Herzen der Danziger Menschen sich zu der Bewegung bekennen, die die Voraussetzungen für die Erneuerung des Deutschtums geschaffen hat. Das Reich werde stets die innere Verbindung zum Danziger Deutschtum aufrechterhalten, denn deutsche Menschen könnten nicht von deutschen Menschen getrennt werden. Mit einem Bekenntnis zur Unvergänglichkeit des deutschen Volkes schloß Ministerpräsident Göring seine Ansprache.

Ministerpräsident Göring trat dann zu Fuß nur von den Fahrern der Danziger Partei und der Regierung gefolgt, einen Rundgang durch die alten Gassen Danzigs an. Umflattert von einem Meer von Hakenkreuzfahnen, umbrandet von der jubelnden Begeisterung der Tausende, die in beängstigendem Gedränge die Straßen umsäumten, schritt Ministerpräsident Göring durch Danzig. Noch nie ist das Bekenntnis zum Deutschtum, zum Nationalsozialismus und zum Führer hier so elementar zu Ausdruck gekommen wie am heutigen Tage. (Auf die Rede des Ministerpräsidenten in der Wahlkundgebung geht der Leitartikel dieser Ausgabe ein, auf den deshalb verwiesen sei.)

Festnahme eines Knabenmörders.

Das seltsame Verschwinden und der geheimnisvolle Tod zahlreicher Kinder.

Ein lange gesuchter Verbrecher.

DNB **Schwerin**, 4. April.

Die Landesstelle Mecklenburg-Lübeck des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda gibt über die Festnahme eines Knabenmörders einen Bericht heraus, in dem es heißt: Im Februar d. J. verschwanden in Schwerin die Schüler Neumann und Zimmermann, ohne daß es gelang, ihr Verbleiben feststellen zu können. Den Umständen nach war nicht damit zu rechnen, daß sich die vermißten Knaben verirrt haben konnten oder sich etwa aus Abenteuerlust von ihrem Elternhaus entfernt hatten. Umfangreiche Suchaktionen waren ergebnislos. Von der Staatsanwaltschaft Schwerin wurden nunmehr zum Vergleich einige schon weiter zurückliegende Fälle des Verschwindens von Knaben herangezogen; bei der Ueberprüfung des Materials ergab sich eine merkwürdige Uebereinstimmung, die kaum auf Zufälligkeiten zurückzuführen sein konnten.

Während noch die Staatsanwaltschaft Schwerin und die Mordinspektion Berlin umfangreiche Ermittlungen eingeleitet hatten, ereignete sich ein neuer Fall am 22. März 1935 in Wittenberge. Es wurde der neunjährige Schüler Thomas aus Wittenberge in einer Schonung vor der Stadt tot aufgefunden. Auch in diesem Falle ergaben sich wiederum die gleichen, schon in den anderen Fällen festgestellten Tatumstände, und wenn auch hier eine gewaltsame Todesursache nicht festzustellen war, so konnte es doch keinem Zweifel unterliegen, daß auch dieser Knabe ein Opfer des unbekannten Täters geworden war.

Die für den Wittenberger Fall zuständige Staatsanwaltschaft Neuruppin forderte zur Bearbeitung dieses Einzelfalles sofort eine Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei an. Während diese Kommission feststellen konnte, daß der Schüler Thomas am Tage seines Verschwindens von mehreren Personen in Begleitung eines fremden Mannes gesehen worden war, konnte von der Staatsanwaltschaft Schwerin auf Grund der von den Zeugen erhaltenen Personenbeschreibungen die Fahndung nach dem Täter nunmehr intensiver gestaltet werden. Ein wichtiger Hinweis ging der Staatsanwaltschaft aus Ludwigslust zu. Dort hatte ein Mann, auf den die Beschreibung der Person aus Wittenberge paßte, im Dezember 1934 einen Knaben durch Versprechungen von Geschenken an sich gelockt. Er hatte ihn schließlich zu einem Treffpunkt außerhalb des Ortes Ludwigslust bestellt. Die Mutter des Knaben war über das Ausbleiben ihres Kindes unruhig geworden und hatte es schließlich mit einem fremden Mann in Grabow entdecken können. Durch das Hinzukommen wurde der Fremde sicher von einem Verbrechen zurückgehalten. Er hatte zuletzt dem Knaben eine Mark und einen Füllfederhalter geschenkt und ein späteres Wiedertreffen in Aussicht gestellt.

Außer diesem wichtigen Hinweis teilte ein Gendarmeriekommissar aus Grabow einen Fall aus dem Jahre 1930 mit. Damals hatte ein Mann, der auch dem Namen nach festgestellt werden konnte, zwei Knaben unter Versprechungen an sich gelockt und sie auch schließlich zum Teil mit Gewalt in das Gehölz verschleppt. Nur einem Zufall war es zuzuschreiben, daß auch damals die Kinder vor dem Schlimmsten bewahrt blieben.

Der Entführer der Kinder konnte aber festgestellt werden als der jetzt 65jährige Uhrmacher Adolf Seefeldt. Die Ueberprüfung der Person des Seefeldt führte zunächst zu der überraschenden Feststellung, daß er vielfach wegen Sittlichkeitsverbrechens vorbestraft war, und daß diese Verbrechen eine merkwürdige Uebereinstimmung mit dem unaufgeklärten Verschwinden und Tod der Kinder in Mecklenburg und in der Provinz Brandenburg aufwiesen.

Seefeldt pflegt als Uhrmacher in Mecklenburg und der Provinz Brandenburg umherzuziehen, um Reparaturaufträge zu suchen. Er nächtigte auch zum größten Teil bei Kunden, zuletzt auch hat Seefeldt sich in Schwerin aufgehalten und war dann plötzlich verschwunden.

Am Anfang dieser Woche wurde in einer gemeinsamen Besprechung der beteiligten Justiz- und Polizeistellen bei der Oberstaatsanwaltschaft in Schwerin der Plan für eine große Fahndung nach Seefeldt festgelegt. Seefeldt konnte dabei in Wutzetz im Kreise Neuruppin von den örtlich zuständigen Gendarmeriebeamten ermittelt und festgenommen werden. Eine unmittelbar schon nach seiner Festnahme vorgenommene Gegenüberstellung mit Zeugen in Wittenberge führte zu der Gewißheit, daß mit der Festnahme des Seefeldt auch der Mörder des kleinen Thomas gefaßt war. Schon auf Grund der bisher getroffenen Feststellungen ist kaum zu zweifeln, daß Seefeldt der gesuchte Knabenmörder ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden noch weitere Verbrechen ihrer Aufklärung entgegensehen.

Österreich fordert Gleichberechtigung.

Der Ausbau des österreichischen Heeres.

DNB **Wien**, 3. April.

Amtlich wird mitgeteilt: Heute nachmittag fand unter Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg ein kurzer Ministerrat statt, der sich neben der Erledigung laufender Angelegenheiten mit der Frage des Ausbaues der österreichischen Wehrmacht befaßte. Der Ministerrat gab der übereinstimmenden Auffassung Ausdruck, daß die Zubilligung voller Gleichberechtigung für Oesterreich eine selbstverständliche Voraussetzung bleibe. Die notwendigen vorbereitenden Schritte würden unternommen, um die Zustimmung des Völkerbundes zu erhalten. Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, wird daran gedacht, ein ständiges Heer von 4000 Offizieren, 4000 Unteroffizieren und 12 000 Mann aufzustellen, überdies zwei Jahrgänge von je 35000 Mann einzuberufen. Aus dem Schutzkorps sollen 400 Offiziere und 7000 Mann übernommen werden. Ueber die Auflösung der übrigen Bestände des Schutzkorps konnte noch keine Einigung erzielt werden. Die Dienstzeit soll zwei Jahre betragen. Es werden zwei ständige Armeekommandos errichtet, das eine in Wien mit drei Divisionen (Wien, Wiener Neustadt, St. Pölten), das zweite in Salzburg mit vier Divisionen (Salzburg, Graz, Klagenfurt und eine Alpendivision in Innsbruck).

Der Nachfolger von Schultheß.

Nationalrat Obrecht zum schweizerischen Bundesrat gewählt.

× **Bern**, 4. April.

Die Bundesversammlung wählte am Donnerstag als Nachfolger des zurückgetretenen Bundesrats Schultheß den Nationalrat Hermann Obrecht-Solothurn, der von den bürgerlichen Fraktionen unterstützt wurde, mit 125 von 214 abgegebenen Stimmen zum Bundesrat. Der sozialdemokratische Kandidat Perel erhielt 54 Stimmen. Obrecht ist Freisinniger und war bisher Präsident der Nationalbank in Solothurn. Die Freisinnigen hatten zunächst Bedenken gegen ihn, weil sie einen Interessenkonflikt wegen seiner bisherigen wirtschaftlichen Betätigung in der Solothurner Waffenindustrie befürchteten. Sie ließen die Bedenken aber fallen, als die Katholisch-Konservativen und die Bauernpartei erklärten, für ihn eintreten zu wollen!

Mit der Wahl Obrechts hat nun zwar das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement wieder einen Leiter erhalten, aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß damit die Frage der Führung in der Wirtschaftspolitik, die bekanntlich in der Schweiz heiß umstritten ist, noch keineswegs gelöst ist. Darauf weist auch hin, daß gestern der Leiter der Handelsabteilung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Stucki, bekanntgab, daß er Ende des Jahres sein Amt niederlegen werde. Stucki ist als rechte Hand des zurücktretenden Bundesrats Schultheß wohl der eigentliche Konstrukteur des neuen schweizerischen Interventionismus mit seinem auf die Spitze getriebenen Kontingentierungs- und Zollsystem gewesen, dessen Folgen für die Lage und die Aussichten der schweizerischen Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lande mit immer größerer Besorgnis beobachtet werden. Wenn Stucki, nachdem sein Chef Schultheß in dem Augenblick ausscheidet, wo dieses Wirtschaftssystem vor der schwierigen Entscheidung des Abbaues oder der wagemutigen Fortsetzung steht, ebenfalls nicht mehr bleiben will, so läßt das darauf schließen, daß Stucki entweder an einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem neuen Leiter des Volkswirtschaftsdepartements oder an einer Lösbarkeit seiner Aufgabe selbst zu zweifeln beginnt. Stuckis Name ist in Deutschland dadurch besonders bekannt geworden, daß er an den verschiedenen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen führend beteiligt war.

Die Konferenz der nordischen Außenminister.

DNB **Kopenhagen**, 4. April.

Hier fand gestern die angekündigte Besprechung der Außenminister Dänemarks, Norwegens und Schwedens statt, zu der die Einladung von der dänischen Regierung ergangen war. Diese Besprechung, die im Zusammenhang mit der außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrates am 15. April steht, verfolgt laut der dem Außenminister nahestehenden „Politiken" den Zweck, eine gemeinsame nordische Politik gegenüber den auf dieser Tagung zur Beratung kommenden bedeutungsvollen Fragen festzustellen.